

AntragstellerIn:

Name/Fachbereich/Gruppe Vorstand

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

*Die Klagen gegen die Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen in Baden-Württemberg ideel und finanziell zu unterstützen.*

Begründung:

*Studiengebühren verletzen das Recht auf freie Bildung. Das von der baden-württembergischen Landesregierung gewählte Gebührenmodell diskriminiert insbesondere zwei Gruppen von Studierenden, und zwar die Nicht-EU-Ausländer*innen und Studierende eines Zweitstudiums. Bildungsgebühren jeglicher Art, und speziell diskriminierender, wurden durch den StuRa in einem Beschluss vom 18.10.2016 bereits abgelehnt.*

Am 09.04.2017 wurde das Gesetz zur Erhebung von Studiengebühren durch das Landesparlament beschlossen. Der Gang vor Gericht stellt für Betroffene und die Verfasste Studierendenschaft nun die letzte Möglichkeit dar, nachhaltig gegen diese Gebühren vorzugehen.

Die Klage ist mit viel Aufwand und Belastung für die betroffenen Personen verbunden, neben den oftmals sowieso schon bestehenden finanziellen Sorgen. Hier sind die Betroffenen auf breite Hilfe und auf die solidarische Unterstützung von Seite der Studierendenvertretung angewiesen. Hinzu kommt, dass eine Klage sehr kostenaufwändig ist. Dabei müssen die Betroffenen neben den Gebühren erhebliche finanzielle Mittel vorweisen, da dies zum Erhalt ihres Aufenthaltsstatus gefordert wird. Diese Auflagen überschreiten allein zumeist schon das eigentliche finanzielle Limit der Betroffenen. Deshalb brauchen die Betroffenen, die den Schritt zu klagen gewagt haben, neben der Unterstützung durch ein breites gesellschafts-politisches Bündnis auch den Rückhalt einer garantierten Finanzierung ihrer Klage.

Diese Finanzierung wurde durch andere Verfasste Studierendenschaften, wie etwa in Karlsruhe, Hohenheim oder Heidelberg, bereits mit Beträgen in Höhe von mehr als 3.000€ zugesichert.

*Nun ist es auch am Studierendenrat der Uni Freiburg, einen solidarischen Teil zur Klage beizusteuern und die Belange unserer ausländischen Kommiliton*innen somit zu vertreten.*

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).

